

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 07.03.2018

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr - 16:40 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	47	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Steffi Barthold	SPD-Fraktion	privat
Herr René Deschner	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich
Herr Lars Faßmann	Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN	dienstlich
Herr Tino Fritzsche	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich
Herr Hubert Gintschel	Fraktion DIE LINKE	sonstiges
Frau Cornelia Knorr	SPD-Fraktion	sonstiges
Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	dienstlich
Herr Dr. Peter Neubert	Fraktion DIE LINKE	sonstiges
Frau Katrin Pritscha	Fraktion Die Linke	dienstlich
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE	dienstlich
Herr Prof. Andreas Schmalfuß	fraktionslos	sonstiges
Herr Tobias Tannenhauer	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	sonstiges
Herr Michael Wirth	SPD-Fraktion	dienstlich

Verspätetes Erscheinen

Herr Maik Otto	SPD-Fraktion	15:54; TOP 8.11; dienstlich
----------------	--------------	--------------------------------

beratend Teilnehmende

Frau Pia Hamann	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Herr Sven Schulze	Bürgermeister Dezernat 1
Herr Michael Stötzer	Bürgermeister Dezernat 6

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Lisa Bunkowski	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Annekatriin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech-Döring	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30
Frau Beate Richter	Abteilungsleiterin Abt. 15.1

Fraktionsangestellte

Herr Robert Andres	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Herr Lutz Bartel	Fraktion AFD
Herr Andreas Felber	Fraktion VOSI/PIRATEN
Herr Eduard Jenke	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Stefan Kraatz	SPD-Fraktion
Herr René Mann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Susann Mäder	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Anja Schale	Fraktion DIE LINKE

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Die Petitionsvorlage P-005/2017 „Naherholung und Artenschutz statt Gewerbegebiet“ (TOP 7.2) wurde vom Petenten kurz vor der Sitzung zurückgezogen.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 24.01.2018
-

Es liegt keine Einwendung zur Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Bekanntgabe des Beschlusses aus der Sitzung des Stadtrates - nichtöffentlich - vom 24.01.2018
-

Mit Beschluss B-007/2018 stimmt

1. der Stadtrat der Verlängerung des der Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH Chemnitz gewährten Gesellschafterdarlehens in voller Höhe und zu unveränderten vertraglichen Bedingungen ab dem 01.01.2019 bis zum 31.12.2023 sowie einem unbedingten Verzicht auf die bis zum 31.12.2018 nach den Bedingungen des „Forderungsverzichtes gegen Besserschein vom 15.03.2000, in der Fassung vom 26.11.2008“, nicht entstandenen Zinsen zu.
2. Der Stadtrat stimmt der Verlängerung des der Versorgungs- und Verkehrsholding gewährten Darlehens, betreffend die Verbindlichkeiten aus den jeweiligen Jahresfehlbetrag übersteigenden Zuschusszahlungen für die Geschäftsjahre 2007, 2008 und 2009 in voller Höhe und zu unveränderten vertraglichen Bedingungen ab dem 01.01.2019 bis zum 31.12.2023 zu.

3. Der Stadtrat ermächtigt Frau Oberbürgermeisterin Ludwig, die zur Umsetzung der Beschlusspunkte 1. und 2. notwendigen vertraglichen Regelungen zu unterzeichnen.

5 Informationen der Oberbürgermeisterin

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert zu den aktuellen Zahlen der Asylbewerber mit Stand vom 28.02.2018.

Der Freistaat hat in Chemnitz 323 Asylbewerber an drei Standorten der Erstaufnahme untergebracht. Insgesamt befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Sachsen 1.866 Asylbewerber in der Erstaufnahme. Dies bedeutet keine signifikante Änderung zu den Werten am Jahresende 2017.

In der Stadt Chemnitz leben 5.962 Personen, die im weitesten Sinne einen asylbezogenen Zuwanderungshintergrund besitzen. Das sind knapp 150 Personen mehr als zu Jahresbeginn.

Unter diesen 5.962 Personen sind:

5.360 Personen, die ein Asylverfahren durchlaufen oder deren Asylverfahren bereits beendet ist, davon:

- 1014 Asylbewerber
- 2.450 Flüchtlinge unter internationalem Schutzstatus
- 814 Flüchtlinge unter subsidiären Schutz
- 432 Flüchtlinge mit Abschiebeverbot
- 614 abgelehnte Asylbewerber

602 Personen, die kein eigenes Asylverfahren durchlaufen, da sie u. a. über den Familiennachzug nach Chemnitz gekommen sind.

6 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE) spricht zum Chemnitzer Friedenstag und bedankt sich für die beeindruckende Gedenkfeier am Mahnmal für die Opfer des 5. März auf dem Chemnitzer Friedhof. Die Reden haben deutlich gemacht, dass eine Generation heranwächst, die dafür eintritt, dass weltweit die Menschen friedlich miteinander leben sollten. Auch wurde am 5. März der Friedensplatz und die Reliquie Mensch eingeweiht, was ebenfalls ein Bekenntnis zur Erinnerungskultur zur Stadt sei. In den Friedenstag reiht sich die Sanierung der Hans-Beimler-Stele im Beimlergebiet würdig ein. Der Eigentümer des Gablenz-Centers habe darüber informiert, dass er sowohl die Stele auf seinem Grundstück erhalten wird als auch die offenen 4.000 € für die Sanierung der Stele tragen werde. Dies bezeichnet Herr Stadtrat Berger als gutes Zeichen, dass sich auch die ortsansässige Wirtschaft für die Stadt und deren Bürger engagiert.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) äußert sich zu einem Eintrag auf der Facebook-Seite von PRO CHEMNITZ anlässlich des Chemnitzer Friedenstages und sagt, dass man hinterfragen müsse, ob diese Verdrehung geschichtlicher Vorgänge nur Dummheit oder aber Bösartigkeit sei, wobei er überzeugt ist, dass es letzteres ist. Er erklärt, dass man über die Moral und Sinnhaftigkeit der alliierten Flächenbombardements streiten könne, da die Luftangriffe unendliches Leid über die Zivilbevölkerung brachten. Aber es war eben auch jenes Leid, dass sechs Jahre zuvor

von Deutschland aus über ganz Europa gebracht wurde. Und die Alliierten führten im Gegensatz zu den Nazis den Krieg um sich zu verteidigen und Europa von der Tyrannei der Nationalsozialisten zu befreien. Deswegen den Deutschen als Ganzes eine Opferrolle zuzuweisen und in Bezug auf die deutsche Erinnerungskultur von staatlicher Propaganda zu sprechen, ist selbst für die Maßstäbe von PRO CHEMNITZ und Herrn Kohlmann erbärmlich. Für die bewussten Verdrehungen und böswillig verbreiteten Geschichtslügen und für den Mangel an Anstand und Kultur und Respektlosigkeit gegenüber den Opfern sollten sie sich schämen.

7 Petitionsvorlagen

- 7.1 Zweizügigkeit der Grundschule Adelsberg und Schaffung der baulichen Voraussetzungen
Vorlage: P-001/2018 Einreicher: Sven Quinger im Namen des Elternrates der Grundschule Adelsberg
-

Zur Vorlage wurde ein Änderungsantrag des Petitionsausschusses ausgereicht.

Herr Bürgermeister Schulze führt zum Gegenstand der Petition aus, dass die Adelsberger Grundschule in ihren räumlichen Gegebenheiten begrenzt ist. Die Schule sei in der Schulnetzplanung als einzügige Schule ausgewiesen, in den letzten Jahren wurden aber aufgrund des Elternwillens jeweils zwei Klassen gebildet, was große logistische und räumliche Herausforderungen mit sich gebracht hat. Die Verwaltung kann dem Vorschlag des Petitionsausschusses, die Grundschule bei der nächsten Teilschulnetzplanung als zweizügige Grundschule auszuweisen folgen, da dies eine Festschreibung des tatsächlichen Zustandes der letzten Jahre ist. Dabei müsse man wissen, dass dies nicht zu großen Veränderungen der räumlichen Gegebenheiten führt. Deshalb muss auf absehbare Zeit die Doppelnutzung der Räume durch Schule und Hort fortgesetzt werden. Dies werde durch die Anschaffung von mobilen Möbeln unterstützt. Auch werde versucht den Reinigungsturnus zu verbessern. Kurzfristig wird keine Möglichkeit gesehen die räumliche Situation zu entspannen.

Frau Stadträtin Saborowski (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) stellt fest, dass mit der teilweisen Abhilfe durch die genannten Maßnahmen keine Lösung für die Schule aufgezeigt wurde. Sie bezieht sich auf ihre Ratsanfrage zur Thematik und möchte wissen, ob die generelle Möglichkeit und der Aufwand für eine Erweiterung der Schule überhaupt schon einmal geprüft wurden. Sie fragt, ob, wie in der Antwort zu ihrer Frage benannt, angrenzende Grundstücke bereits angeschaut wurden. Abschließend fragt sie, ob durch die Verwaltung geprüft wurde, dass das anschließende städtische Grundstück mit der Kleingartenanlage eventuell eine Lösung sein könnte. Sie betont, dass der jetzige Zustand der Schule so nicht über Jahre bestehen bleiben könne.

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass bei einer Zweizügigkeit der Schule größere Baumaßnahmen durchgeführt werden müssen, wozu es zum jetzigen Zeitpunkt aber noch keine genaue Planung gebe. Nach Grundstücken in der Umgebung wird geschaut.

Herr Bürgermeister Schulze sagt, dass es Ideen gibt, aber es auch immer um Abwägungen von Interessen geht.

Frau Stadträtin Saborowski (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bittet darum, dass im Schul- und Sportausschuss regelmäßig über die aktuelle Situation informiert wird.

Abstimmung über den Änderungsantrag des Petitionsausschusses

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Mit der Bestätigung des Änderungsantrages entfällt die Abstimmung über die Petitionsvorlage.

Beschluss P-001/2018

Der Stadtrat beschließt, die Petition „Zweizügigkeit der Grundschule Adelsberg und Schaffung der baulichen Voraussetzungen“ bei zukünftiger Beschlussfassung (Teilschulnetzplan Grundschulen) zu berücksichtigen und der Petition durch Sofortmaßnahmen (flexible Möbel, Prüfung des Reinigungsturnus) teilweise abzuhelpfen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

7.2 Naherholung und Artenschutz statt Gewerbegebiet
Vorlage: P-005/2017 Einreicher: Herr M. aus Chemnitz

Die Petition wurde vom Petenten zurückgezogen.

8 Beschlussvorlagen

8.1 Ausscheiden der Stadträtin Frau Steffi Barthold aus dem Stadtrat der Stadt Chemnitz aus wichtigem Grund und Nachrücken einer Ersatzperson
Vorlage: B-076/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

Zunächst erfolgt die Abstimmung über das Ausscheiden von Frau Barthold aus dem Stadtrat.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen)**

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig verpflichtet Herrn Uhl auf der Grundlage des § 35 Abs. 1 SächsGemO auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Beschluss B-076/2018

Der Stadtrat stimmt dem Ausscheiden von Frau Steffi Barthold aus dem Stadtrat der Stadt Chemnitz aus wichtigem Grund entsprechend § 18 Abs. 1 Nummer 3 i. V. m. § 18 Abs. 2 SächsGemO zu.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen)**

- 8.2 Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Chemnitz an
Frau Dr. h.c. Ingrid Mössinger
Vorlage: B-081/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass die Verleihung der Ehrenbürgerschaft am 20.04.2018, 15:00 Uhr im Chemnitzer Opernhaus erfolgt.

Beschluss B-081/2018

Der Stadtrat beschließt, Frau Dr. h.c. Ingrid Mössinger die Ehrenbürgerschaft der Stadt Chemnitz zu verleihen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 8.3 4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-034/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Zur Beschlussvorlage wurde ein Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN sowie eine aktuelle Fassung zu diesem ausgereicht.

Herr Stadtrat Wolf-Kather (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) bringt den Änderungsantrag seiner Fraktion ein. Er stellt fest, dass die Besetzung der Ausschüsse bisher nach dem Sitzzuteilungsverfahren D´Hondt erfolgt, dies die großen Fraktionen begünstigt und die kleinen Fraktionen somit nicht in den Ausschüssen vertreten sind. Dies wird mit der Spiegelbildlichkeit begründet, was seine Fraktion aufgrund des Ergebnisses der Kommunalwahl verzerrt findet. Gleichzeitig wird jedoch im Stadtrat Unverständnis entgegengebracht, wenn aus diesen Fraktionen fachliche Fragen gestellt werden. Die Besetzung der Ausschüsse könnte mit der heutigen Beschlussfassung korrigiert werden, da die Sächsische Gemeindeordnung das Verfahren nunmehr offen lasse. Daher werde die Anwendung des Hare-Niemeyer-Verfahrens beantragt.

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt, wie sich dies auf die aktuelle Wahlperiode auswirken würde und was in Vorbereitung der nächsten Wahlperiode zu ändern wäre.

Herr Bürgermeister Runkel erklärt, dass eine derartige Änderung keine Auswirkung hätte, da die Ausschüsse ordnungsgemäß gewählt sind. Somit gibt es keinen Handlungsbedarf. Er meint, dass dem neu gewählten Stadtrat überlassen werden sollte, für welches Sitzzuteilungsverfahren er sich entscheidet.

Beschluss B-034/2018

Der Stadtrat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(38 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

- 8.4 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Deckensanierung im BSZ Technik I (Industrieschule - Nebengebäude - ehemalige Volkshochschule) im Haushaltsjahr 2018 und Entscheidung zur sofortigen Umsetzung der Maßnahme
Vorlage: B-068/2018 Einreicher: Dezernat 6/SE 17
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-068/2018

Der Stadtrat beschließt:

1. Die überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2018 in der Produktuntergruppe 23110 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.
2. Ein separater Baubeschluss ist nicht erforderlich.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen)**

- 8.5 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Deckensanierung in der Kindertagesstätte Pestalozzistr. 33 im Haushaltsjahr 2018 und Entscheidung zur sofortigen Umsetzung der Maßnahme
Vorlage: B-069/2018 Einreicher: Dezernat 6/SE 17
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-069/2018

Der Stadtrat beschließt:

1. Die überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2018 in der Produktuntergruppe 36510 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.
2. Ein separater Baubeschluss ist nicht erforderlich.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen)**

- 8.6 Abberufung der Mitglieder und Stellvertreter des Strategieausschusses des Stadtrates sowie Bestellung der Mitglieder und Stellvertreter für den Strategieausschuss des Stadtrates
Vorlage: B-077/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Abstimmung über Beschlusspunkt 1 – Abberufung der Ausschussmitglieder

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig verliest die Wahlvorschläge.

Da so viele Wahlvorschläge vorliegen wie Plätze zu besetzen sind, fragt sie, ob sich auf die vorliegenden Wahlvorschläge geeinigt werden könne. Hierzu gibt es keinen Widerspruch. Somit ist die Besetzung des Strategieausschusses durch Einigung zustande gekommen.

Beschluss B-077/2018

1. Der Stadtrat beruft die Mitglieder und Stellvertreter des Strategieausschusses des Stadtrates ab.
2. Der Stadtrat der Stadt Chemnitz bestellt durch Einigung folgende Mitglieder und Stellvertreter für den Strategieausschuss aus den eingereichten Wahlvorschlägen:

Mitglieder

Tino Fritzsche
Dietmar Berger
Detlef Müller
Thomas Lehmann
Toni Rotter
Dr. Roland Katzer
Joachim Zschocke

Stellvertreter

Dr. Dieter Füsslein
Susanne Schaper
Jacqueline Drechsler
Christin Furtenbacher
Lars Faßmann
Falk Müller
Martin Kohlmann

- 8.7 Abberufung der Mitglieder und Stellvertreter des Petitionsausschusses des Stadtrates sowie Bestellung der Mitglieder und Stellvertreter für den Petitionsausschuss des Stadtrates
Vorlage: B-078/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Abstimmung über Beschlusspunkt 1 – Abberufung der Ausschussmitglieder

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen)**

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig verliest die Wahlvorschläge.

Da so viele Wahlvorschläge vorliegen wie Plätze zu besetzen sind, fragt sie, ob sich auf die vorliegenden Wahlvorschläge geeinigt werden könne. Hierzu gibt es keinen Widerspruch. Somit ist die Besetzung des Petitionsausschusses durch Einigung zustande gekommen.

Beschluss B-078/2018

1. Der Stadtrat beruft die Mitglieder und Stellvertreter des Petitionsausschusses des Stadtrates ab.
2. Der Stadtrat der Stadt Chemnitz bestellt durch Einigung folgende Mitglieder und Stellvertreter für den Petitionsausschuss aus den eingereichten Wahlvorschlägen:

Mitglied

Wolfgang Höhnel
Hubert Gintschel
Michael Wirth
Tobias Tannenhauer
Toni Rotter
Thomas Sängler
Joachim Ziems

Stellvertreter

Ines Saborowski
Dagmar Weidauer
Dr. Heidemarie Becherer
Bernhard Herrmann
Andreas Wolf-Kather
Falk Müller
Martin Kohlmann

- 8.8 Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung der freien Träger im Rahmen der Fachkräftesicherung im Bereich der Sozialarbeit
Vorlage: B-027/2018 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) ist nicht klar, warum die Förderung auf Studenten, die ihren Wohnsitz in Chemnitz haben, beschränkt werden soll. Er fände es sinnvoller, wenn die Förderung im Zusammenhang mit der Fachkräftegewinnung und des beabsichtigten Zuzugs für alle Studenten gelte, unabhängig vom Wohnsitz.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig schlägt vor, die Richtlinie wie vorgelegt zumindest erst einmal für zwei Jahre zu belassen, da es Ziel ist, für Chemnitzer Träger auszubilden und davon ausgegangen wird, dass dies vorrangig Jugendliche aus Chemnitz sind.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) ergänzt, dass im KJHG die Örtlichkeit durch den Bundesgesetzgeber festgeschrieben ist, was bedeute, dass kommunale Jugendhilfe nur für die mit Hauptwohnsitz wohnenden Menschen zuständig ist.

Beschluss B-027/2018

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung der freien Träger im Rahmen der Fachkräftesicherung im Bereich der Sozialarbeit gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 8.9 Aufhebung der Beschlüsse B-034/2016 und B-054/2017 sowie Neubau einer Kindertageseinrichtung im Stadtteil Altendorf durch die Stadt Chemnitz, einschließlich der außerplanmäßigen Mittelbereitstellung
Vorlage: B-046/2018 Einreicher: Dezernat 5/Dezernat 6
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-046/2018

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Beschluss des Stadtrates Nr. B-034/2016 vom 09.03.2016 „Schaffung und Betreuung von Plätzen in einer Kindertageseinrichtung im Stadtteil Altendorf durch die Heim gGmbH“ wird aufgehoben.
2. Die Kindertageseinrichtung am Standort Altendorf wird mit 119 Plätzen durch die Stadt Chemnitz selbst auf Basis der vorliegenden Planung der Heim gemeinnützige GmbH für medizinische Betreuung, Senioren und Behinderte Chemnitz (Heim gGmbH) errichtet.
3. Die vorliegende Planung wird durch die Stadt Chemnitz von der Heim gGmbH übernommen. Die bereits finanzierten Planungs- und Erschließungskosten werden der Heim gGmbH erstattet und sind Bestandteil der unter Beschlusspunkt 6 genannten Mittelbereitstellung.
4. Auf einen Baubeschluss wird aufgrund der Dringlichkeit der Maßnahme verzichtet.

5. Der Beschluss B-054/2017 „Erstellung eines Erbbaurechtes an einer Teilfläche des Flurstückes 269 der Gemarkung Altendorf zugunsten der Heim gGmbH zur Neubebauung mit einer Kindertageseinrichtung und Betreuung von Plätzen für Krippen- und Kindergartenkinder“ wird aufgehoben.

Die Verwaltung wird beauftragt, den auf Grundlage des Beschlusses B-5/2007 vom 17.01.2007 geschlossenen Erbbaurechtsvertrag UR 319/2007 vom 01.03.2007 mit der Heim gGmbH zu den Flurstücken 269 a und 269 c der Gemarkung Altendorf zu ändern.

6. Für den Bau der Kindertageseinrichtung erfolgt eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2018 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

7. Die Vergabe der Planungsleistung kann an einen Generalplaner erfolgen. Zudem kann die Vergabe der weiterführenden Planungs- und Bauleistung im Rahmen einer Funktionalausschreibung und Beauftragung an einen Generalunternehmer erfolgen.

8. Die Betreuung der zu errichtenden Kindertageseinrichtung erfolgt durch die Heim gGmbH. Das Gebäude mit Außenanlagen wird der Heim gGmbH auf vertraglicher Basis zur Nutzung überlassen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

8.10 Höhe einer Zahlung anstelle Miete an die DRK Gemeinnützige Krankenhaus GmbH Sachsen zur Betreuung einer Kindertageseinrichtung
Vorlage: B-071/2018 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-071/2018

Der Stadtrat beschließt die folgenden Konditionen für den Neubau der Kindertageseinrichtung durch die DRK Gemeinnützige Krankenhaus GmbH Sachsen:

Zahlung anstelle Miete für 100 Kita-Plätze für die Dauer von 20 Jahren in Höhe von 161.508 € jährlich. Die Zahlung erfolgt unter der Bedingung, dass der Stadt die Finanzierungsunterlagen der Bank als Nachweis vorgelegt werden und daraus der Mehrbedarf zweifelsfrei abgeleitet werden kann.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

8.11 Änderung der Beschlüsse B-118/2016 und B-087/2017 zur Umsetzung des Sächsischen Investitionskraftstärkungsgesetzes (SächsInvStärkG)
Vorlage: B-075/2018 Einreicher: Dezernat 6

Zur Vorlage wurden eine Änderung der Verwaltung und eine aktualisierte Fassung der Vorlage ausgereicht.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass die Aktualisierung der Vorlage auf Bitten mehrerer Stadtratsmitglieder erfolgte. Die Verwaltung hatte zunächst die Karl-Schmidt-Rottluff-Brücke nicht mehr vorgesehen, da das Ausschreibungsergebnis über 2,5 Mio. € über der Planungsgröße lag. Es wurde aber akzeptiert, dass es den Stadtratsmitgliedern wichtig sei, diese Brücke noch in diesem Jahr zu realisieren.

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bedankt sich, dass nach guter Diskussion im Verwaltungs- und Finanzausschuss der Vorschlag durch die Verwaltung aufgenommen wurde. Dabei ging es darum, die zur Verfügung stehenden Fördermittel zu 100 % mit geeigneten Maßnahmen in Anspruch zu nehmen. Er weist darauf hin, dass die weiteren nunmehr nicht mehr im Investitionsplan enthaltenen Maßnahmen dennoch weiterhin hohe Priorität haben.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schließt sich im Namen ihrer Fraktion dem Dank an und sagt, dass die vorgelegte aktualisierte Fassung ein Ausdruck dafür sei, dass es in diesem Bereich eine gute dezernatsübergreifende Verwaltungsspitze gebe. Die Intentionen der Fraktion sei insofern von Bedeutung, da die Kaßbergauffahrt sehr wichtig für die Erschließungsfunktion des Kaßbergs mit dem ÖPNV ist. Zur Erweiterung der Oberschulkapazität für die Schule am Hartmannplatz sagt sie, dass es außerordentlich wichtig sei, dass diese Maßnahme nicht untergeht. Wichtig war den Mitgliedern des Verwaltungs- und Finanzausschuss auch, dass die Verlagerung der Probebühne mit dieser Vorlage auch für die Haushaltsplanung festgeschrieben wird.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt die Einarbeitung der Mittel für das Theater für die nächste Haushaltsplanung zu, da es Ausgangspunkt war, diese Maßnahme nicht mit dem Förderprogramm durchzuführen, um sich freier in der Gestaltung bewegen zu können. Im Laufe dieses Jahres werde hinsichtlich des Zukunftskonzepts des Theaters eine Beschlussvorlage eingebracht.

Beschluss B-075/2018

Der Stadtrat beschließt zur weiteren Umsetzung des SächsInvStärkG:

1. Die in Anlage 3 des Beschlusses B-118/2016 enthaltene Maßnahme „Verlagerung Probebühnen in die Innenstadt“ mit einer Fördersumme von 9.000 T€ wird aus dem Investitionsplan herausgelöst. Die Umsetzung und Veranschlagung im Haushalt wird separat erfolgen.
2. Zur vollständigen Untersetzung des Förderrahmens des Budgets „Sachsen“ werden folgende Änderungen am Investitionsplan beantragt. Die Budgets der Baumaßnahmen „Erweiterung Oberschulkapazität am Hartmannplatz“, „Karl-Schmidt-Rottluff-Brücke“ und „Neubau Schwimmsportkomplex“ werden erhöht.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen)**

- 8.12 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Chemnitz (Straßenreinigungsgebührensatzung - StrRGebS)
Vorlage: B-050/2018 Einreicher: Dezernat 6/ASR
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-050/2018

Der Stadtrat beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Chemnitz (Straßenreinigungsgebührensatzung - StrRGebS) gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 8.13 Satzung über die 1. Verlängerung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 15/14 "Reichstraße/Pornitzstraße"
Vorlage: B-040/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-040/2018

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die 1. Verlängerung Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 15/14 „Reichstraße/Pornitzstraße“ gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(44 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

- 8.14 Satzung der Stadt Chemnitz über die Teilaufhebung der Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 15/04 "Zwickauer Straße/Otto-Schmerbach-Straße"
Vorlage: B-047/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Marschner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zeigt seine Befangenheit an und verlässt den Sitzungsbereich.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-047/2018

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Chemnitz über die Teilaufhebung der Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 15/04 „Zwickauer Straße/Otto-Schmerbach-Straße“ gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 8.15 2. Baubeschluss für Hochbaumaßnahmen 2018
Vorlage: B-008/2018 Einreicher: Dezernat 6/SE 17
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-008/2018

Der Stadtrat beschließt die Bauausführung der Maßnahme Grund- und Oberschule Schönau Innenausbau gemäß Anlage 4.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen)**

- 8.16 Rahmenplan für die Umnutzung der ehemaligen Brauerei Braustolz
Vorlage: B-048/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) äußert sich positiv zum Rahmenplan, da es zeitnah im Anschluss zur auslaufenden Nutzung der Brauerei konkrete Pläne zur Nachnutzung gibt. Den Plan unterstützt seine Fraktion voll, auch weil er Denkmalschutz und nachhaltiges Bauen und die Renaturierung des Kappelbachs verbindet. Auch begrüßt seine Fraktion die Wiedereröffnung von Rad- und Gehwegen vom Kappelbachbereich aus. Das Planungsgebiet wird auch Anziehungskraft dafür entfalten, dass junge Menschen gern in Chemnitz leben.

Beschluss B-048/2018

Der Stadtrat beschließt:

Der Rahmenplan bestehend aus dem Lageplan „Städtebauliche Konzeption“ (Anlage 3 der Beschlussvorlage) und dem Textteil (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird als Zielstellung der Stadt Chemnitz für die Umnutzung der ehemaligen Brauerei Braustolz bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen)**

- 8.17 Umgliederung von Flurstücken der Gemarkung Klaffenbach (Stadt Chemnitz) in die Gemeinde Burkhardtsdorf
Vorlage: B-020/2018 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-020/2018

Der Stadtrat beschließt:

Der Vertragsentwurf „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Umgliederung von Flurstücken aus der Stadt Chemnitz (Gemarkung Klaffenbach) in die Gemeinde Burkhardtsdorf“ mit Stand vom 01.11.2017 (gem. Anlage 3 der Beschlussvorlage) wird beschlossen. Die Oberbürgermeisterin wird mit der Durchführung aller gesetzlich notwendigen Schritte beauftragt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 9 Informationsvorlage
-

Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten 2017
Vorlage: I-009/2018 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Gleichstellungsbeauftragte

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) möchte wissen, ob anhand der Einzelberatungen im vergangenen Jahr festzustellen ist, dass in Chemnitz auch eine Nachfrage für Männerschutzwohnungen für Opfer häuslicher Gewalt analog der Städte Dresden und Leipzig gibt.

Frau Hamann (Gleichstellungsbeauftragte) erklärt, dass es auch in Chemnitz Nachfragen zu Mönnerschutzwohnungen gibt. Da jedoch mit Dresden und Leipzig zwei Sächsische Städte den Zuschlag für solche Einrichtungen bekommen haben, wurde durch die Sächsische Landesregierung mitgeteilt, dass eine weitere nicht gefördert wird. Dennoch werde man in Chemnitz an der Thematik dran bleiben.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10 Beschlussanträge

- 10.1 Erhöhung der Verkehrssicherheit in Chemnitz
Vorlage: BA-003/2018 Einreicher: Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion,
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
-

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) bezieht sich auf die Stellungnahme der Verwaltung, in welcher ausschließlich auf die Verkehrsunfallkommission eingegangen wird. Er erläutert, dass die Kommission sich mit Verkehrsunfall-schwerpunkten beschäftigt und somit erst nach Unfällen reagiert. Der Ansatz in Chemnitz sei aber das Agieren, also das Tätigwerden vor Unfällen. Daher soll aufgrund des Beschlussantrages geprüft werden, wie die Verkehrsunfallkommission präventiv tätig werden und wie ein Verkehrspräventiver Beirat eingerichtet werden kann. Denn hier habe die Stadt Nachholbedarf. Es sei auch durchaus denkbar über die Verkehrswacht junge Menschen zu gewinnen, die in der Verkehrssicherheit aktiv werden.

Herr Stadtrat Ulbrich (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) meint, dass die Ausführungen von Herrn Hopperdietzel nicht wirklich zum Inhalt des Beschlussantrages passen, da mit diesem die Verkehrsunfallkommission erweitert werden soll. Seine Fraktion ist der Ansicht, dass es schon viele Gremien gibt, um die Meinungen der Bürger aufzugreifen und es keinen Sinn mache ein neues Gremium zu bilden. Seine Fraktion hält die Prävention selbstverständlich auch für wichtig aber auch sei vor allem wichtig, dass der Straßenunterhalt gewährleistet ist. Deshalb wird sie sich dafür einsetzen, dass im Haushalt ausreichend Mittel für die Gewährleistung der Verkehrssicherheit eingestellt werden.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) spricht ausdrücklich für den Beschlussantrag, da offensichtlich ein Problem mit Unfallschwerpunkten besteht. Und es bestehe die Herausforderung die vorhandenen Kompetenzen in einem Gremium einzubinden.

Beschluss BA-003/2018

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie zur weiteren Effektivierung der Arbeit der Verkehrsunfallkommission Chemnitz vorzustellen, u. a. durch die Erhöhung der Anzahl der jährlichen Sitzungen sowie die Verbesserung der Sichtbarkeit von Verkehrszeichen.
2. In Absprache mit der Verkehrspolizeiinspektion der PD Chemnitz wird geprüft, ob und ggf. wie die Arbeit der Unfallkommission durch einen verkehrspräventiven Rat unterstützt werden kann.

3. Der Verkehrsunfallkommission der Stadt Chemnitz wird für die Unterstützung der ehrenamtlichen Teilnehmer ein jährliches Budget entsprechend der Entschädigungssatzung für ehrenamtliche Mitarbeit in den Gremien des Stadtrates zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(26 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

10.2 Chemnitz glyphosattfrei
Vorlage: BA-009/2018

Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD-Fraktion

Zum Beschlussantrag wurden eine Stellungnahme der Verwaltung, eine Änderung des Einreichers sowie eine Stellungnahme des AGENDA-Beirates ausgereicht.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bringt den Beschlussantrag ein und erinnert, dass am 25.11.2015 der Stadtrat beschlossen hat, dass Chemnitz als eine der ersten deutschen Städte kein Glyphosat mehr einsetzt. Er weiß, wie schwer Umstellungen in der Landwirtschaft sind, kann aber auch versichern, dass man nicht Pleite geht, wenn auf Herbizide verzichtet wird. Auch im urbanen Raum dürften keine Herbizide mehr eingesetzt werden, da eine direkte Beeinflussung des Lebens erfolgt. Er weist darauf hin, dass mit dem eingereichten Beschlussantrag lange Übergangsfristen eingeräumt werden und nur Neuverpachtungen und Verlängerungen von Verträgen betroffen sind. Auch sei der Pachtpreis für städtische Flächen gegenüber anderen Verpächtern sehr moderat und daher denken die Einreicher, dass die eingesparten Mittel in eine ökologischere Bewirtschaftung der Felder investiert werden können. Darüber hinaus gibt es beim Verzicht auf Herbizide auch zahlreiche Fördermöglichkeiten. Er weist abschließend darauf hin, dass mittlerweile Herbizide auch zweckentfremdet werden, nämlich nicht für die notwendige Unkrautbekämpfung, sondern um Getreidefelder zu einem genau bestimmten Zeitpunkt zur Reife zu bringen. Damit müsse endlich Schluss sein.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt im Namen ihrer Fraktion namentlich Abstimmung.

Abstimmung über den Antrag auf namentliche Abstimmung

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(44 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

Ja
namentliche Abstimmung

Herr	Uhl	Ja
Herr	Bauer	Ja
Frau	Dr. Becherer	Ja
Herr	Berger	Nein
Herr	Brückom	keine Abstimmung
Herr	Burghart	Stimmenthaltung
Herr	Dierks	Nein
Frau	Drechsler	Ja
Frau	Furtenbacher	Ja
Herr	Dr. Füsslein	Stimmenthaltung

Herr	Dr. Haentjens	Ja
Herr	Herrmann	Ja
Herr	Höhnel	Ja
Herr	Hopperdietzel	Ja
Herr	Kallscheidt	Ja
Herr	Dr. Katzer	Ja
Frau	Kempe	Ja
Herr	Kempe	Nein
Frau	Köhler	Ja
Herr	Lang	Stimmenthaltung
Herr	Dr. Langer	Nein
Herr	Lehmann	Ja
Herr	Leistner	Nein
Frau	Ludwig	Ja
Herr	Marschner	Stimmenthaltung
Frau	A. Müller	Stimmenthaltung
Herr	D. Müller	Ja
Herr	F. Müller	Ja
Herr	Otto	Ja
Frau	Patt	keine Abstimmung
Frau	Pester	Stimmenthaltung
Herr	Rotter	Ja
Frau	Saborowski	Stimmenthaltung
Herr	Sänger	Ja
Frau	Schellenberger	Ja
Herr	Scherzberg	Ja
Herr	Schinkitz	Ja
Herr	Siegel	Nein
Herr	Tietze	Nein
Herr	Tillmann	Ja
Herr	Ulbrich	Ja
Herr	Vieweg	Ja
Herr	Walter	keine Abstimmung
Frau	Weidauer	Ja
Herr	Wolf-Kather	Ja
Frau	Zais	Ja
Herr	Zais	Ja
Herr	Ziems	Nein
Herr	Zschocke	Ja

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(31 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)**

Beschluss BA-009/2018

Die Stadtverwaltung Chemnitz wird beauftragt, bei allen neu abzuschließenden oder zu verlängernden Pacht- und Überlassungsverträgen für landwirtschaftliche Flächen, die Anwendung von Glyphosat und aller chemischer Herbizide vertraglich zu untersagen. Im Fall von Vertragsverlängerungen ist durch eine ausreichende zeitliche Vorabinformation sicherzustellen, dass den Pächtern maximal bis zum 31.12.2022 eine für den Betrieb einer Landwirtschaft notwendige Übergangsfrist gewährt wird.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, nach rechtlicher Prüfung einen Vorschlag auszuarbeiten, inwieweit Pächtern landwirtschaftlicher Flächen der Stadt Chemnitz ein finanzieller und öffentlichkeitswirksamer Anreiz aufgezeigt werden kann, wenn dieser schon während der Übergangsfrist des laufenden Pacht- oder Überlassungsvertrags auf die Anwendung von Glyphosat und aller chemischen Herbizide freiwillig verzichtet.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(31 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)

10.3 "Qualifizierter Mietspiegel"

Vorlage: BA-011/2018

Einreicher: Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) geht davon aus, dass das Statistische Bundesamt bei der Erstellung des nächsten Mietspiegels bereits vorsieht die im Antrag benannten Faktoren zu berücksichtigen. Sollte dies allerdings nicht der Fall sein, würde mit dem heutigen Beschluss ein Mehr an Verbraucherschutz geboten.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erschließt sich nicht ganz, was die Verfügbarkeit eines Breitbandanschlusses mit der Zielstellung eines qualifizierten Mietspiegels zu tun hat. Zumal dieses Kriterium im Moment noch nicht unbedingt vom Immobilienbesitzer beeinflusst werden kann.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) erklärt, dass Immobilienbesitzer durchaus die Chance haben darauf Einfluss zu nehmen, welche Anschlüsse anliegen. Auch gelte der Mietspiegel nicht nur zur Berechnung der KdU, sondern auch zum allgemeinen Vergleich der Verfügbarkeit von Leistungen. Es handle sich hierbei auch um Qualitätsmerkmale für die Immobilie, welche durchaus für die Wahl einer Wohnung oder eines Investorenobjektes gefragt sind.

Beschluss BA-011/2018

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei der Erstellung zukünftiger, qualifizierter Mietspiegel die Verfügbarkeit von Breitbandinternetanschlüssen am Standort zu berücksichtigen und die notwendigen Informationen einzuholen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(27 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen,
9 Stimmenthaltungen)

11 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) möchte zur Ausreichung von Fördermitteln für Langzeitarbeitslose durch das Land Sachsen, welche nach Aussage des Jobcenters durch die Stadt Chemnitz nicht abgerufen werden, da es den Bedarf in der Stadt nicht gäbe, wissen, warum diese Fördermittel nicht abgerufen werden und warum der Bedarf nicht da ist.

Herr Stadtrat Zais (Fraktion DIE LINKE) gibt im Zusammenhang mit der Verordnung zum Schulgesetz eine schriftliche Anfrage ab und möchte wissen wie viel Schulkonferenzen im Zeitraum 30.06. bis 31.12.2017 an den kommunalen Schulen stattgefunden haben und wer von der Stadtverwaltung teilgenommen hat.

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt zur angespannten Situation des CFC:

1. Gab es aktuell seitens des CFC Anfragen über eine Nachverhandlung der in der Beschlussvorlage B-188/2012 beschriebenen Eckpunkte des Pachtvertrages?
2. Geht die Stadtverwaltung davon aus, dass im Falle des Abstiegs des Vereins in die Regionalliga die Eckpunkte durch den Verein erfüllbar sind?
3. In welchem Umfang stellt die Stadtverwaltung, insbesondere auch die Feuerwehr dem Verein an Spieltagen Leistungen in Rechnung?

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt zu den seit Tagen erhöhten Feinstaub- bzw. Stickstoffoxidwerten, ob es möglich ist, die Mitteilungen des Umweltamtes über die Pressestelle der Stadtverwaltung für die Bürger zu veröffentlichen, so dass sich diese dementsprechend verhalten können.

- 12 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) und Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) bestätigt.

23.03.2018 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

26.03.2018 *Burghart*
Datum Burghart
Mitglied
des Stadtrates

17.04.2018 *Joachim Ziems*
Datum Ziems
Mitglied
des Stadtrates

22.03.2018 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin